



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Informationszentrum
Asyl und Migration



Länderkurzinformation Ukraine

Russisch besetzte Gebiete in den Regionen Donezk, Luhansk,
Saporischschja und Cherson

Stand: 02/2026

Urheberrechtsklausel

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrecht zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke ist nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.

Die Inhalte dürfen ohne gesonderte Einwilligung lediglich für den privaten, nicht kommerziellen Gebrauch sowie ausschließlich amtsinternen Gebrauch abgerufen, heruntergeladen, gespeichert und ausgedruckt werden, wenn alle urheberrechtlichen und anderen geschützten Hinweise ohne Änderung beachtet werden.

Copyright statement

This report/information is subject to copyright rules. Any kind of use of this report/information – in whole or in part – not expressly admitted by copyright laws requires prior approval by the Federal Office of Migration and Refugees (Bundesamt). This applies in particular to the reproduction, adaptation, translating, microfilming, or uploading of the report/information in electronic retrieval systems. Reprinting and reproduction of excerpts for internal use is only permitted with reference to the source and prior consent of the Bundesamt.

Use of the report/information may be made for private, non-commercial and internal use within an organisation without permission from the Bundesamt following copyright limitations.

Disclaimer

Die Information wurde gemäß der EUAA COI Report Methodology (2023) sowie den Qualitätsstandards des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2022) auf Grundlage sorgfältig ausgewählter und zuverlässiger Informationen innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens erstellt. Alle zur Verfügung gestellten Informationen wurden mit größter Sorgfalt recherchiert, bewertet und aufbereitet. Alle Quellen werden genannt und nach wissenschaftlichen Standards zitiert.

Die vorliegende Ausarbeitung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Findet ein bestimmtes Ereignis, eine bestimmte Person oder Organisation keine Erwähnung, bedeutet dies nicht, dass ein solches Ereignis nicht stattgefunden hat oder die betreffende Person oder Organisation nicht existiert. Der Bericht/die Information erlaubt keine abschließende Bewertung darüber, ob ein individueller Antrag auf Asyl-, Flüchtlings- oder subsidiären Schutz berechtigt ist. Die benutzte Terminologie sollte nicht als Hinweis auf eine bestimmte Rechtauffassung verstanden werden. Die Prüfung des Antrags auf Schutzgewährung muss durch den für die Fallbearbeitung zuständigen Mitarbeiter erfolgen. Die Veröffentlichung stellt keine politische Stellungnahme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge dar.

Diese Ausarbeitung ist öffentlich.

Disclaimer

The information was written according to the „EUAA COI Report Methodology“ (2023) and the quality standards of the Federal Office for Migration and Refugees (Bundesamt) (2022). It was composed on the basis of carefully selected and reliable information within a limited timeframe. All information provided has been researched, evaluated and analysed with utmost care within a limited time frame. All sources used are referenced and cited according to scientific standards.

This document does not pretend to be exhaustive. If a certain event, person or organization is not mentioned, this does not mean that the event has not taken place or that the person or organization does not exist. This document is not conclusive as to the merit of any particular claim to international protection or asylum. Terminology used should not be regarded as indication of a particular legal position. The examination of an application for international protection has to be carried out by the responsible case worker. The information (and views) set out in this document does/do not necessarily reflect the official opinion of the Bundesamt and makes/make no political statement whatsoever.

This document is public.

Inhaltsverzeichnis

1. Russische Besetzung	1
2. Rechtliche Auswirkungen der russischen Annexion	1
3. Bevölkerungsentwicklung und Mobilität.....	3
4. Situation der Menschen- und Bürgerrechte	4
4.1 Assimilation durch russische Identitäts- und Bildungspolitik	4
4.2 Situation religiöser Gruppen	5
4.3 Gewalt gegen LGBTIQ-Personen, Frauen und Kinder	6
4.4 Situation politisch Andersdenkender	7
4.5 Restriktionen gegen Medien und die freie Meinungsäußerung	8
4.6 Russische Militärrekrutierung von Ukrainern	9
4.7 Behandlung ukrainischer Gefangener	10

1. Russische Besetzung

Nach den proeuropäischen „Euromaidan“-Protesten in Kyjiw im Winter 2013/2014 und dem anschließenden Regierungswechsel erfolgte die Annexion der Halbinsel Krim durch die Russische Föderation (RF).¹ Im ostukrainischen Donbas, der die Regionen (ukrainisch: oblast) Donezk und Luhansk umfasst, besetzten prorussische Milizen im April 2014 die Regionalbehörden, brachten mit russischer Hilfe mehrere Städte unter ihre Kontrolle und riefen nach einem umstrittenen und international nicht anerkannten „Referendum“ vom 11.05.14 die „Volksrepubliken“ Donezk (DNR) und Luhansk (LNR) aus. Die Separatisten konnten zunächst von den ukrainischen Streitkräften zurückgedrängt werden. Das 2014/2015 durch internationale Vermittlung zustande gekommene Waffenstillstandsabkommen blieb brüchig.²

Am 24.02.22 wurde die Ukraine von russischen Streitkräften großflächig angegriffen; es wurde das Kriegsrecht ausgerufen.³ Während das ganze Land seitdem Ziel russischer Luftangriffe ist, hat sich der Frontverlauf, nachdem ein schneller russischer Sieg und der angestrebte Machtwechsel in Kyjiw 2022 gescheitert war, zunächst stabilisiert. Der Krieg ist in einen Stellungs- bzw. Abnutzungskrieg übergegangen, in dem die russischen Streitkräfte 2025 unter hohen Verlusten nur geringe Territorialgewinne erzielten.⁴ Unter Berücksichtigung einer teilweise unklaren Kontrolle in den Frontregionen gehen Schätzungen im zweiten Halbjahr 2025 davon aus, dass die RF über 19 % des ukrainischen Gesamtterritoriums kontrolliert, darunter die Regionen Luhansk (nahezu 100 %), Donezk (ca. 81 %), Cherson und Saporischschja (jeweils über 74 %).⁵

Bereits ab Sommer 2022 kam es in den Machtapparaten von Luhansk und Donezk zu umfangreichen Personalwechseln zugunsten russlandnaher Akteure.⁶ In den besetzten Gebieten von Cherson und Saporischschja wurde die russische Kontrolle mit Gewalt durchgesetzt. Bei fehlender Kooperationsbereitschaft erfolgten einige Verhaftungen in den lokalen Beamtenapparaten und eine Besetzung dieser mit russischen Gewährsleuten.⁷ Die Etablierung russischer Herrschaft folgte sodann mittels Scheinreferenden im September 2022 und anschließender Annexion 2022 nach dem Muster der „Volksrepubliken“. Die RF festigte mittels regionaler und kommunaler „Wahlen“ im September 2023 ihre Machtstrukturen weiter. Die Eingliederung der vier Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson in die RF am 04.10.22 wird international nicht anerkannt.⁸

2. Rechtliche Auswirkungen der russischen Annexion

Mit der Annexion der vier Gebiete wurden diese dem Geltungsbereich der Verfassung der RF und damit dem russischen Rechtssystem unterstellt. Ein Indiz für die schrittweise Einführung des russischen Systems ist die Vergabe russischer Identitätsdokumente. Das am 19.10.22 in den annektierten Gebieten eingeführte

¹ Siehe Länderkurzinformation Ukraine. Halbinsel Krim, Juli 2024.

² Munzinger Online Länder, Ukraine Politik, letzte Aktualisierung 02.09.2025, 2-4.

³ BMEIA, Reiseinformationen – Ukraine (Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten, Österreich), letzte Aktualisierung 01.10.2025; Parlament der Ukraine, Указ Президента України: Про введення воєнного стану в Україні [Erlass des Präsidenten der Ukraine: Über die Einführung des Kriegsrechts in der Ukraine], genehmigt durch Gesetz Nr. 2102-IX vom 24.02.2022, letzte Aktualisierung.

⁴ SWP, Militärische Lage und Verhandlungen, ohne Datum, zuletzt abgerufen am 29.10.2025; Tagesaktuelle Karten zum Kriegs- Fronverlauf in der Ukraine unter <https://liveuamap.com/de> und <https://deepstatemap.live/en>.

⁵ Tagesschau, Russland: Offensiven entlang gesamter Frontlänge in Ukraine [Liveblog], letzte Aktualisierung 30.08.2025; ISW, Russian Offensive Campaign Assessment, August 30, 2025, letzte Aktualisierung 30.08.2025; Reuters, How much territory does Russia control in Ukraine? Angegebene Quellen: Institute for the Study of War und AEI Critical Threats Project; Russian Fortifications, Brady Africk, letzte Aktualisierung 15.08.2025; ISW, Russian Offensive Campaign Assessment, June 6, 2025, letzte Aktualisierung 06.06.2025; CNN, The turning points in Russia's invasion of Ukraine, letzte Aktualisierung 30.09.2022; Belfer Center, Russia Matters: The Russia-Ukraine War Report Card, Oct. 22, 2025, letzte Aktualisierung 22.10.2025; The Guardian, Ukraine war briefing: Kyiv gets more US-made Patriots and says its forces are holding on in Pokrovsk, letzte Aktualisierung 04.11.2025.

⁶ Yana Lysenko, Etablierungsformen russischer Herrschaft in den besetzten Gebieten der Ukraine: Wege und Gesichter der Okkupation, Ukraine-Analysen, Nr. 282 (27.03.2023): 4-6.

⁷ Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

⁸ Munzinger Online Länder, Ukraine Politik, letzte Aktualisierung 02.09.2025, S. 21.

Kriegsrecht ermöglichte der RF, Einschränkungen gegen die Bevölkerung zu verhängen, z.B. der Bewegungsfreiheit, Zwangsumsiedlungen und Mobilisierungen.⁹ Menschen, die als „Sicherheitsrisiko“ gelten, wurden ohne Gerichtsverfahren zwangsumgesiedelt, bspw. an die russisch-georgische Grenze gebracht und mit Einreiseverboten belegt.¹⁰

Nach den Passverordnungen von 2019 bis Februar 2022 konnten drei Staatsbürgerschaften – ukrainisch, russisch und die Identitätsdokumente der nicht anerkannten „Volksrepubliken“ – nebeneinander bestehen. Die Entscheidung für die „Passportisierung“ (bzw. erzwungene Einbürgerung) konnte ein pragmatischer Schritt sein, Nachteile im Alltag zu umgehen, ohne die ukrainische Staatsbürgerschaft aufzugeben. Eltern sahen sich gezwungen, für ihre Kinder die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen.¹¹ Bis zum Beginn der russischen Vollinvasion hatten nach Angaben der beiden „Volksrepubliken“ 635.000 Menschen und damit ein Anteil – je nach zugrunde gelegter Gesamtbevölkerungszahl – zwischen 22 % und 35 % russische Pässe.¹² Im Jahr 2022 hatte die RF den Antrag auf russische Staatsbürgerschaft im Rahmen eines Schnellverfahrens auf alle Staatsangehörigen der Ukraine ausgeweitet. Nach der Annexion der besetzten Gebiete im September 2022 erfolgte – im Gegensatz zu dem auf der Krim verfolgten Ansatz einer automatischen Auferlegung – die Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft unter den Voraussetzungen der Ablegung eines Eides und der Einreichung eines Antrags. Gemäß Präsidialdekret vom April 2023 gelten ukrainische Staatsangehörige als „ausländische“ Personen und unterliegen den entsprechenden Aufenthaltsbestimmungen. Zudem sieht das Dekret vor, dass diese abgeschoben werden können, wenn sie des „Extremismus/Terrorismus“ verdächtigt werden, zu gewaltsamen Umstürzen der verfassungsmäßigen Ordnung aufrufen, Straftaten gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit begehen oder an nicht genehmigten Kundgebungen teilnehmen.¹³

Laut russischem Innenministerium wurden in den besetzten Gebieten bis September 2024 ca. 3,4 Mio. russische Pässe ausgestellt. Der Druck, die Staatsangehörigkeit zu wechseln, nahm weiter zu, indem gemäß Präsidialdekret vom 25.03.25 alle ukrainischen Staatsangehörigen in der RF das Land freiwillig verlassen mussten, sofern ihnen bis zum 10.09.25 keine Aufenthaltsgenehmigung erteilt wurde.¹⁴ Hinweisen zufolge haben seitdem viele den russischen Pass beantragt, um zu überleben. Die russischen Behörden haben Einschüchterungen, Drohungen mit willkürlicher Inhaftierung, Entzug von Eigentumsrechten und Einschränkungen beim Zugang zu medizinischer Versorgung, Sozialleistungen, Bewegungsfreiheit, Beschäftigung und Bildung eingesetzt, um Passanträge zu erzwingen.¹⁵ Eine Reihe regionaler Gesetze machte die russische Staatsbürgerschaft bereits ab dem 01.01.25 zur Voraussetzung für den Bezug von Renten in den besetzten Gebieten.¹⁶

Im Rahmen der Übernahme des russischen Gerichtssystems wurden Teile der Richterschaft aus der RF versetzt. Örtliche Richterinnen und Richter, die nicht kooperierten, wurden z.B. wegen Terrorismus und Verstoßes gegen die „Verfassung der DNR“ angeklagt. Die Anwendung russischer Rechtsvorschriften führt zur Strafverfolgung und Verurteilung ukrainischer Staatsangehöriger wegen Handlungen, die nach ukrainischem Recht rechtmäßig wären. Ukrainische Menschenrechtsverteidiger berichten von einer steigenden Zahl von Strafverfahren gegen Personen mit einer tatsächlichen oder unterstellten politischen Überzeugung wegen Spionage (Art. 276 StGB der RF), Verrat (Art. 275) und Sabotage (Art. 281). Prozesse finden teilweise hinter verschlossenen Türen statt.

⁹ Präsident der RF, Durchführungsverordnung über Maßnahmen, die in russischen Regionen im Anschluss an das Dekret Nr. 756 vom 19.10.2022 zur Verhängung des Kriegsrechts in der DNR, der LNR und den Regionen Saporischschja und Cherson umgesetzt wurden, letzte Aktualisierung 19.10.2022; OSCE ODIHR, Second Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, letzte Aktualisierung 14.12.2022, S. 24.

¹⁰ Important Stories, Deportation From the Occupation, letzte Aktualisierung 23.05.2025.

¹¹ Fabian Burkhardt, The Four Modi of Russia's Forced Naturalization of Ukrainians: "Passportization" and its Implications for Transitional Justice, Ukrainian Analytical Digest, Nr. 3 (November 2023): 15-16.

¹² Fabian Burkhardt/ Cindy Wittke/ Elia Bescotti/ Maryna Rabinovy, Russlands Passportisierung des Donbas: Von einer eingeschränkten zu einer vollwertigen Staatsbürgerschaft? Ukraine-Analysen, Nr. 262 (22.02.2022): 11.

¹³ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the R.F., 24.05.2024, S.15-16.

¹⁴ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the R.F., 30.06.2025, S. 14.

¹⁵ Asia News Monitoring, Russia/Ukraine: Get a Passport or Leave - Russia's Ultimatum to Ukrainians, letzte Aktualisierung 28.03.2025; OSCE ODIHR, Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, letzte Aktualisierung 15.07.2025, S. 45-48.

¹⁶ Dekret Nr. 679 der Donezker Besatzungsbehörden, 12.12.2024; Dekret Nr. 147-I der Luhansker Besatzungsbehörden, 03.04.2025; Dekret Nr. 139-u der Chersoner Besatzungsbehörden, 19.12.2024; Dekret Nr. 310-u der Saporischscher Besatzungsbehörden, 13.12.2024, in: UN OHCHR, Report on the human rights situation in Ukraine 01.12.2024-31.05.2025, letzte Aktualisierung 30.06.2025, S. 13 Fn. 33.

Harte Verhörmethoden bis hin zu Folter, Verwendung von erpressten Geständnissen und Selbstbeschuldigungen für nicht begangene Verbrechen, Beweismittelfälschung und Druck zur

Verzichtserklärung auf einen Rechtsbeistand sind üblich.¹⁷ Es liegen zahlreiche Berichte über unfaire Gerichtsverfahren gegen ukrainische Staatsangehörige vor, die auf erfundenen Anschuldigungen beruhen. Dem voraus gehen oft Festnahmen unter falschem Vorwand und lange Haftzeiten, bevor Anklage oder Urteil erfolgen. Bis Juni 2025 hatte die Ukraine 615 solcher Strafverfahren gegen ukrainische Zivilpersonen wegen Terrorismus oder Spionage und 857 Prozesse gegen ukrainische Kriegsgefangene wegen Kriegsverbrechen, Terrorismus oder Spionage gemeldet. Die Arbeit staatlich bestellter Rechtsbeistände wird qualitativ bemängelt, während eine unabhängige Anwaltschaft oft um ihre Sicherheit fürchtete und berichtete, dass sie mit dem Entzug ihrer Zulassung oder Druck auf ihre Familien konfrontiert waren oder einige vor Verfolgung aus dem Land fliehen mussten.¹⁸ Trotz des Ausmaßes und der Schwere der Menschenrechtsverletzungen durch die russische Besatzungsmacht wurde Straflosigkeit geduldet und Täter nur selten zur Verantwortung gezogen.¹⁹

3. Bevölkerungsentwicklung und Mobilität

Bedingt durch Krieg, Vertreibung und Propaganda gestaltet sich eine seriöse Angabe der Bevölkerungszahl in den besetzten Gebieten als schwierig. Laut offiziellen ukrainischen Angaben vom Januar 2022 betrug diese 6,4 Mio. Menschen, wobei die Regionen Donezk und Luhansk bereits 2014 einen starken Bevölkerungsrückgang verzeichneten. Nach Beginn der Vollinvasion hatten laut IOM Ende 2022 ca. 2,9 Mio. Menschen die besetzten Gebiete verlassen. Demnach wurde die verbliebene Gesamtbevölkerung auf 3,5 Mio. geschätzt. Auch danach verließen Menschen die besetzten Gebiete; im Jahr 2023 nach Schätzungen des russischen Statistikdienstes bis zu 100.000 Menschen.²⁰ Viele Familien wurden durch Besetzung und Vertreibung über die Frontlinie hinweg getrennt. Die strengen Einreisebeschränkungen haben die logistischen und finanziellen Schwierigkeiten bei der Rückkehr in die besetzten Gebiete verschärft.²¹ Da es für Ukrainerinnen und Ukrainer, die aus den besetzten Gebieten in das von Kyjiw kontrollierte Gebiet reisen wollen, keine direkten Grenzübergänge gibt, nehmen sie Routen durch die RF und Belarus. Dabei müssen sie an Kontrollpunkten „Filtrationsverfahren“ durchlaufen, darunter Verhöre durch den russischen Geheimdienst FSB, die darauf abzielen, pro-ukrainische Ansichten oder Verbindungen zu den ukrainischen Streitkräften aufzudecken.²² Bspw. wurden Zivilpersonen während der Filtration psychologischem Druck sowie körperlichen und sexuellen Misshandlungen ausgesetzt. Familien wurden während des Filtrationsprozesses getrennt. Einige Menschen sind danach verschwunden oder wurden etwa wegen Spionage angeklagt und inhaftiert (Art. 276 StGB der RF, 10-20 Jahre Freiheitsentzug). Auch kam es in der Folge zu Zwangsdeportationen in die RF oder in andere russisch kontrollierte Gebiete. Zuweilen wurden ganze Familien ausgewiesen, weil sie die Besatzungsbehörden nicht unterstützt hätten.²³

¹⁷ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 12-13; Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025; Amnesty International, Ukraine/Russia: 33 Ukrainian soldiers sentenced to long terms in penal colony after unlawful trials, letzte Aktualisierung 08.02.2024; IWPR, Ukraine: "I Want Justice to be Done", letzte Aktualisierung 05.03.2024; Consultant: StGB der RF, letzte Aktualisierung 29.12.2025.

¹⁸ OSCE ODIHR, Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, letzte Aktualisierung 15.07.2025, S. 58-61.

¹⁹ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 26.

²⁰ Nikolay Petrov, Russia in the Occupied Territories of Ukraine, SWP Comment, Nr. 38 (September 2024): 2.

²¹ UN OHCHR, Report on the human rights situation in Ukraine 01.12.2024-31.05.2025, letzte Aktualisierung 30.06.2025, S. 17.

²² CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 22.

²³ Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025; Consultant: StGB der RF, letzte Aktualisierung 29.12.2025.

4. Situation der Menschen- und Bürgerrechte

4.1 Assimilation durch russische Identitäts- und Bildungspolitik

Seit Kriegsbeginn propagieren russische Behörden eine Assimilation der ukrainischen Identität, Kultur und Sprache. Denkmale für die Opfer des Holodomor wurden in mehreren besetzten Städten zerstört.²⁴ Auch wurde ukrainisches Kulturgut geplündert und in russische Museen verbracht.²⁵ Die 2024 verabschiedete „Strategie der staatlichen Kulturpolitik bis 2030“ hat die Integration der besetzten Gebiete in den „russischen Kultur- und Humanitätsraum“ zum Ziel.²⁶ Am 28.12.24 wurde per Dekret eine Strategie zur Bekämpfung von Extremismus eingeführt, in welcher der „ukrainische Nationalismus“ als eine Form dessen und damit als Bedrohung für die nationale Sicherheit bezeichnet wird. Menschen werden von den Besatzungsbehörden allein deshalb sanktioniert, weil sie ihre ukrainische Identität durch Zeigen pro-ukrainischer Symbole zum Ausdruck bringen oder vermeintliche Unterstützung für die Ukraine zeigen.²⁷ Neben der ukrainischen Bevölkerung sind auch Angehörige nationaler Minderheiten von der russischen Identitätspolitik betroffen. Ein Großteil der Roma wurde aus den besetzten Gebieten in die westukrainische Region Zakarpattia vertrieben.²⁸

Bildungspolitik wird gezielt als Instrument zur Auslöschung der ukrainischen Identität eingesetzt. Kinder werden indoktriniert und Lehrkräfte zur Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden genötigt.²⁹ Gemäß dem Gesetz zur Regelung des Übergangs des Bildungssystems vom Februar 2023 erhielten Bildungseinrichtungen in den besetzten Gebieten eine vorübergehende Akkreditierung und wurden Fristen festgelegt, innerhalb derer sie u.a. Namen und Satzungen vollständig an die russische Gesetzgebung anpassen mussten. „Ausländische“ – einschließlich ukrainische – Bildungseinrichtungen mussten bis 01.07.23 geschlossen werden.³⁰ Der Europarat ging im Juni 2025 für die besetzten Teile der Regionen Cherson und Saporischschja davon aus, dass Schulkinder nur begrenzten Zugang zum Ukrainisch-Unterricht haben; Tendenz weiter rückläufig.³¹ Bspw. soll Lehrpersonal, das teilweise aus der RF in die Region Cherson gebracht wurde, russische Lehrpläne und patriotische Bildungsprogramme umsetzen. Im Donbas wurden bereits ab 2020 neue Lehrpläne mit überarbeitetem Geschichtsunterricht und reduziertem Ukrainisch-Unterricht eingeführt.³² Laut Gesetz vom Dezember 2024 müssen Kinder ohne russische Staatsbürgerschaft Kenntnisse der russischen Sprache nachweisen, bevor sie in Bildungseinrichtungen aufgenommen werden.³³ Ukrainischsprachige Materialien wurden gezielt vernichtet, und obwohl die Verwendung der ukrainischen Sprache nicht offiziell verboten ist, wird sie systematisch stigmatisiert.³⁴ Russische Sicherheitsorgane kontrollieren in den Schulen Telefone und Tablets der Schulkinder nach Hinweisen auf ukrainischen Online-Unterricht. Eltern wurde mit dem Entzug elterlicher Rechte gedroht, wenn sie sich weigerten, Kinder auf Schulen mit russischem Lehrplan zu schicken.³⁵

²⁴ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 15.

²⁵ Texty, The stolen treasures, letzte Aktualisierung 19.09.2023.

²⁶ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 18.

²⁷ Präsident der RF, Dekret Nr. 1124, 28.12.2024, Absätze 6, 14, 20-24.

²⁸ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 16; Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

²⁹ Amnesty International, Report 2024/25. Zur weltweiten Lage der Menschenrechte. Ukraine 2024, letzte Aktualisierung April 2025, S. 101; AI, Ukraine: Lehrkräfte in besetzten Gebieten werden zum Unterrichten des russischen Lehrplans gezwungen, letzte Aktualisierung 04.10.2024.

³⁰ Präsident der RF, Gesetz der RF Nr. 19-FZ vom 17.02.2023 „Über die Besonderheiten der rechtlichen Regelung der Beziehungen im Primarschul- und Wissenschaftsbereich [...], Art. 4.

³¹ Almenda, The Russian Federation's Policy on the Eradication of Children's Identity in the Temporarily Occupied Territories of Ukraine: 2024 Overview, letzte Aktualisierung 24.03.2025; CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 16-17.

³² Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

³³ Regierung der RF, Gesetz der RF Nr. 544-FZ vom 28.12.2024 „Über die Änderung [...] des Gesetzes „Über das Bildungswesen der RF““.

³⁴ ZöIS, Lehrer*innen unter russischer Besatzung: Bildung als Instrument des kulturellen Genozids, letzte Aktualisierung 04.06.2025; BBC, Secret classes to counter Russian brainwashing in occupied Ukraine, letzte Aktualisierung 16.03.2024; UN OHCHR, The impact of the armed conflict and occupation on children's rights in Ukraine 24.02.2022-31.12.2024, letzte Aktualisierung 21.03.2025, S. 17.

³⁵ OSCE ODIHR, Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, letzte Aktualisierung 15.07.2025, S. 49-52.

Es wurden gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen, um die patriotische Erziehung im Kontext staatlicher Jugendprogramme und Bildungsaktivitäten durchzusetzen.³⁶ Die Besatzungsbehörden gaben an, dass 2024 ca. 58.000 Kinder an entsprechenden Sommerlagern teilgenommen hätten.³⁷ Im September 2024 wurde für Jungen und Mädchen der 8. Klasse das eine militärische Ausbildung umfassende Pflichtfach „Grundlagen der Sicherheit und Verteidigung des Heimatlandes“ eingeführt.³⁸ Mit der Einführung von Kadettenklassen an öffentlichen Schulen für Mädchen und Jungen ab 6 Jahren wurde eine spezialisierte vorberufliche Ausbildung für den Eintritt in Strafverfolgungsbehörden und Militär geschaffen. Ukrainische Kinder und Jugendliche wurden in staatliche Jugendorganisationen wie „Junarmija“ („Jugendarmee“) aufgenommen, um russische patriotische Werte und militärische Fähigkeiten zu vermitteln. „Junarmija“ organisiert Aktivitäten für Altersgruppen von 8 bis 18 Jahren mit dem Ziel, mindestens 10 % der Mitglieder für das Militär zu rekrutieren. 2024 hatte „Junarmija“ in den Regionen Donezk und Luhansk 4.100 bzw. 6.000 Mitglieder und 23 Gruppen in der Region Saporischschja.³⁹ 2025 nahm die Zahl der Kadettenklassen zu und wurden patriotische Inhalte bereits in Kindergärten unterrichtet. Russische Sicherheitsorgane suchen Eltern auf und weisen sie an, ihre Kinder an militarisierten Schulaktivitäten und Jugendorganisationen teilnehmen zu lassen (siehe Kapitel 4.3).⁴⁰

4.2 Situation religiöser Gruppen

Mitglieder mehrerer religiöser Gruppen sind Opfer von Verfolgung und Einschüchterung.⁴¹ Nach russischem Recht sind Einzelpersonen und Gemeinschaften verpflichtet, die Behörden über ihre Existenz zu informieren oder sich offiziell registrieren zu lassen, wenn sie missionarische Aktivitäten durchführen oder religiöse Gebäude besitzen.⁴² Christliche Konfessionen wie die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU, Einstufung als „extremistisch“ und „terroristisch“), griechisch- und römisch-katholische Kirchen sowie Baptistenkirchen konnten sich nicht registrieren lassen und wurden an der freien Ausübung ihrer Rechte gehindert. Protestantische Gemeinden konnten sich nur eingeschränkt registrieren lassen. Vor diesem Hintergrund ist die Zahl der Religionsgemeinschaften in den besetzten Gebieten stetig zurückgegangen, während sowohl Geistliche als auch aktive Mitglieder Ziele von Druck, Schikanen und Stigmatisierung geworden sind. Gläubigen nicht registrierter Konfessionen wurde verboten, sich an „nicht dafür vorgesehenen“ Orten zu versammeln. Im September 2024 wurden zwei Priester der OKU wegen „missionarischer Tätigkeit“ zu einer Geldstrafe verurteilt und ihre Ausweisung aus der RF angeordnet. Eine Rückkehr nach Donezk wurde nur bei Annahme der russischen Staatsbürgerschaft gestattet. Ein anderer Priester der OKU aus der Region Cherson, der in ukrainischer Sprache predigte und sich weigerte, dem Moskauer Patriarchat beizutreten, starb durch Gefängnisfolter.⁴³

³⁶ Regierung der RF, Gesetz der RF Nr. 550-FZ vom 28.12.2024 „Über Änderungen des Gesetzes „Über die Jugendpolitik der Russischen Föderation“; Regierung der RF, Gesetz der RF Nr. 543-FZ vom 28.12.2024 „Über Änderungen des Gesetzes „Über die grundlegenden Garantien der Rechte des Kindes in der RF““.

³⁷ UN OHCHR, The impact of the armed conflict and occupation on children's rights in Ukraine 24.02.2022-31.12.2024, letzte Aktualisierung 21.03.2025, S. 18; The Guardian, Russia has network of 200 camps for 'brainwashing' Ukrainian children – report, letzte Aktualisierung 16.09.2025.

³⁸ Regierung der RF, Verordnung des Ministeriums für Bildung der RF Nr. 62 vom 01.02.2024.

³⁹ UN OHCHR, The impact of the armed conflict and occupation on children's rights in Ukraine 24.02.2022-31.12.2024, letzte Aktualisierung 21.03.2025, S. 18; Tomscher Hochschule für Wirtschaft und Industrie, Statut der Allrussischen Kinder- und Jugendbewegung für militärpatriotische gesellschaftliche Aktivitäten „Junarmija“ vom 28.05.2026; Gosuslugi, Entwicklungsstrategie der Allrussischen Kinder- und Jugendbewegung für militärpatriotische gesellschaftliche Aktivitäten „Junarmija“ bis 2030.

⁴⁰ OSCE ODIHR, Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, letzte Aktualisierung 15.07.2025, S. 49-52.

⁴¹ USDOS, Ukraine 2023 Human Rights Report, ohne Datum; Forum 18, Occupied Ukraine: "Bishop says no" on Ukrainian Orthodox entities, letzte Aktualisierung 11.06.2025; RFE/RL, Russia Is Waging A 'Christian Jihad' In Occupied Ukraine, Military Chaplain Says, letzte Aktualisierung 24.07.2024.

⁴² UN OHCHR, Report on the human rights situation in Ukraine 01.12.2024-31.05.2025, letzte Aktualisierung 30.06.2025, S. 17.

⁴³ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 18-19; Forum 18, OCCUPIED UKRAINE: "Disappeared" Greek Catholic priests in Russian Investigation Prisons? Letzte Aktualisierung 02.02.2024; Forum 18, OCCUPIED UKRAINE: "If they took Russian citizenship, they could return to Donetsk", letzte Aktualisierung 19.01.2024; Forum 18, OCCUPIED UKRAINE: Priest killed within two days of Russian detention, letzte Aktualisierung 20.02.2024; Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

4.3 Gewalt gegen LGBTIQ-Personen, Frauen und Kinder

Mit der Annexion wurden auch repressive russische Gesetze übernommen, u.a. ein Gesetz zum Verbot der Propaganda von Homosexualität.⁴⁴ Behörden verbreiten Anti-LGBTIQ-Propaganda und bedrohen Personen mit aggressiver Rhetorik. Auch wurde von gewaltsamen Übergriffen berichtet. Im November 2023 erklärte der Oberste Gerichtshof der RF die „internationale LGBT-Bürgerbewegung“ zu einer „extremistischen Organisation“ und verbot ihre Aktivitäten.⁴⁵ Fast alle LGBTIQ-Personen sind aus den besetzten Gebieten geflohen; die wenigen Verbliebenen verbergen ihre Identität. Das russische Recht erkennt weder gleichgeschlechtliche Ehen noch Lebenspartnerschaften an und verbietet die Änderung des Geschlechts einer Person in öffentlichen Registern und durch medizinische Eingriffe.⁴⁶

Die UN dokumentierten von Dezember 2024 bis Mai 2025 106 Fälle sexueller Gewalt (94 Männer, 9 Frauen, 3 Mädchen), die von Angehörigen der russischen Streitkräfte, Strafverfolgungsorgane und des Strafvollzugspersonals verübt wurden. Frauen waren in Wohngebieten, in denen russische Streitkräfte stationiert waren, einem erhöhten Risiko von Vergewaltigungen und sexueller Ausbeutung ausgesetzt.⁴⁷ Auch wurde mit der Annexion ein Gesetz von 2017 übernommen, das häusliche Gewalt teilweise entkriminalisiert.⁴⁸

Auch Minderjährige wurden Opfer von Gewalt und willkürlichen Verhaftungen.⁴⁹ Vom 24.02.22 bis zum 31.12.24 wurden laut OHCHR in den besetzten Gebieten mindestens 148 Kinder getötet und 304 verletzt (Opfer durch explosive Waffen sowie durch Minen und explosive Kampfmittelrückstände). 2022 und 2023 wurden in den von der RF eroberten Gebieten sieben Minderjährige hingerichtet sowie zwölf Fälle konfliktbezogener sexueller Gewalt durch russische Militärangehörige gegen Kinder sowie die willkürliche Inhaftierung von 16 Jungen dokumentiert, von denen zehn gefoltert und misshandelt wurden.⁵⁰ Ferner berichtete das Zentrum für nationalen Widerstand am 16.10.24 über die Wiedereinführung einer Praxis aus der Sowjetzeit, wonach Schulkinder auf Feldern arbeiten müssen.⁵¹

Im ersten Jahr nach der Invasion wurden einige Kinder, insbesondere jene, die in Heimen untergebracht oder während des Kriegs von ihren Familien getrennt worden waren, gewaltsam innerhalb des besetzten Gebiets umgesiedelt oder in die RF deportiert. Laut OHCHR haben die Besatzungsbehörden Ende 2022 ca. 200 Kinder aus mindestens zwei Einrichtungen in der Region Cherson, größtenteils innerhalb des besetzten Gebiets, aber auch in die RF deportiert. Ohne Zugang vor Ort war es dem OHCHR nicht möglich, das Ausmaß dieser Überstellungen zu beurteilen. Die Suche und Rückführung dieser Kinder verläuft nur langsam, da die russischen Behörden keine Informationen preisgeben.⁵² Laut offiziellen Angaben der Ukraine wurden 19.546 Fälle zwangsweise überstellter oder deportierter Kinder gemeldet, von denen 1.269 Kinder aus den besetzten Gebieten und der RF zurückgebracht wurden (Stand: April 2025).⁵³ Andere Schätzungen gehen davon aus, dass seit Februar 2022 bis Juni 2025 zwischen 20.000 und 35.000 Kinder gewaltsam in die RF entführt wurden.⁵⁴

⁴⁴ Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025; The Guardian, Russia passes law banning 'LGBT propaganda' among adults, letzte Aktualisierung 24.11.2022.

⁴⁵ Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025; ILGA Europe, Annual report of the human rights situation of lesbian, gay, bisexual, trans and intersex people in Europe and Central Asia 2025, letzte Aktualisierung Februar 2025, S. 153.

⁴⁶ Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

⁴⁷ UN OHCHR, Report on the human rights situation in Ukraine 01.12.2024-31.05.2025, letzte Aktualisierung 30.06.2025, S. 11; Amnesty International, Kontinuum des Leids, letzte Aktualisierung 08.07.2022; Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

⁴⁸ Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025; The Guardian, Russia passes law banning 'LGBT propaganda' among adults, letzte Aktualisierung 24.11.2022.

⁴⁹ OSCE ODIHR, Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, letzte Aktualisierung 15.07.2025, S. 31.

⁵⁰ UN OHCHR, The impact of the armed conflict and occupation on children's rights in Ukraine 24.02.2022-31.12.2024, letzte Aktualisierung 21.03.2025, S. 8, 13-14; UN OHCHR, Report on the human rights situation in Ukraine, 01.08.2023-30.11.2023, letzte Aktualisierung 12.12.2023, S. 13-14.

⁵¹ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 21.

⁵² UN OHCHR, The impact of the armed conflict and occupation on children's rights in Ukraine 24.02.2022-31.12.2024, letzte Aktualisierung 21.03.2025, S. 14, 26 Fn 86; CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 24.

⁵³ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 24.

⁵⁴ EPRS, Russia's war on Ukraine. Forcibly displaced Ukrainian children (European Parliamentary Research Service), letzte Aktualisierung Februar 2025; Al Jazeera, Ukraine says Russia took 20,000 children during war. Will some be returned? Letzte Aktualisierung 10.06.2025; The Guardian, 'Basically impossible to get them back': Russia's mass abduction of Ukrainian children is a war crime, say experts, letzte Aktualisierung 27.06.2025.

Wegen der Verschleppung von Kindern aus besetzten ukrainischen Gebieten in die RF hat der Internationale Strafgerichtshof am 17.03.23 einen Haftbefehl gegen Präsident Putin und die Kinderrechtsbeauftragte der RF, Marija Lwowa-Belowa, erlassen.⁵⁵

Die RF hat medizinisches Personal in den besetzten Gebieten der Ukraine dazu verpflichtet, offizielle russische Geburtsanzeigen auszustellen, und untersagt, Daten über Neugeborene an den Nationalen Gesundheitsdienst der Ukraine zu übermitteln. Der russische Präsident erließ Dekrete⁵⁶, welche die Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft an ukrainische Waisen und Kinder ohne elterliche Fürsorge erleichtert und beschleunigt haben, sodass Vormunde, Betreuungs- und Leitungspersonal von Waisenhäusern und Pflegeeinrichtungen die russische Staatsbürgerschaft für die ihnen anvertrauten Kinder beantragen konnten. Russische Offizielle haben zwar erklärt, dass keine Kinder aus den besetzten Gebieten adoptiert worden seien. Demgegenüber hat der Ombudsmann für Kinderrechte im besetzten Luhansk jedoch angegeben, dass Familien aus der RF 2023 ca. 29 Kinder aus der Region Luhansk adoptiert hätten. Das OHCHR hat bestätigt, dass ukrainische Kinder auf russischen Adoptionswebseiten aufgeführt wurden (Vergabe russischer Staatsbürgerschaft siehe Kapitel 2).⁵⁷

4.4 Situation politisch Andersdenkender

Im Zuge der Einrichtung der Besatzungsverwaltung wurde auf Weisung der russischen Präsidialadministration die Bevölkerung zu Beginn in fünf Hauptkategorien unterteilt: (1) Personen, die als Anführer des ukrainischen Nationalismus gelten und auf einer Liste mit vorrangigen Zielen zur physischen Liquidierung oder zur Festnahme für Schauprozesse aufgeführt sind; (2) Personen, die im Verdacht stehen, Widerstandsaktionen unterstützen zu wollen und die rekrutiert oder unterdrückt werden müssen, darunter alle Personen, die mit den ukrainischen Strafverfolgungsbehörden, lokalen Behörden, dem Militär oder mit Beamtinnen und Beamten in Verbindung stehen, die nicht aktiv kollaborieren; (3) Personen, die als gleichgültig gelten; (4) Personen, die aktiv mit den russischen Streitkräften kollaborieren und (5) Personen, die für den Betrieb kritischer Infrastrukturen notwendig sind und kontrolliert werden müssen.⁵⁸ Wer also im Verdacht steht, pro-ukrainisch zu sein oder die Kooperation mit der Besatzungsmacht verweigert, muss mit Verschleppung, willkürlicher Festnahme, Misshandlung und Folter rechnen. Besonders betroffen sind Aktivistinnen und Aktivisten, der lokale Beamtenapparat, Lehrkräfte und Menschenrechtsverteidiger.⁵⁹

Nach der Annexion kamen die russischen Arbeitsgesetze zur Anwendung, wurden Arbeitnehmerrechte eingeschränkt und Hindernisse für die Ausübung der Vereinigungsfreiheit geschaffen. Streiks wurden von den Besatzungsbehörden unter Berufung auf das Kriegsrecht verboten. Das Personal im AKW Saporischschja – siehe oben Personen der Kategorie 5 – wurde gezwungen, russische Arbeitsverträge zu unterzeichnen und einige mit Waffengewalt gezwungen, im AKW zu arbeiten. Zwei Arbeiter wurden zu Tode geprügelt und zehn entführt. In der Stadt Dniprodrudne (Region Saporischschja) führten russischen Streitkräfte ein System der Zwangsarbeit für Personen ohne festen Wohnsitz ein. Besatzungsbehörden zwangen Zivilpersonen auch zur Arbeit für das Militär. In der Region Saporischschja wurden Menschen auch zur Minenräumung eingesetzt.⁶⁰ Das geltende

⁵⁵ Internationaler Strafgerichtshof, Situation in Ukraine: ICC judges issue arrest warrants against Vladimir Vladimirovich Putin and Maria Alekseyevna Lvova-Belova, letzte Aktualisierung 17.03.2023.

⁵⁶ Regierung der RF, Dekret des Präsidenten der RF Nr. 304 vom 25.05.2022; Dekret des Präsidenten der RF Nr. 330 vom 30.05.2022; Dekret des Präsidenten der RF Nr. 440 vom 11.07.2022; Dekret des Präsidenten der RF Nr. 951 vom 26.12.2022; Dekret des Präsidenten der RF Nr. 11 vom 04.01.2024; Fabian Burkhardt, The Four Modi of Russia's Forced Naturalization of Ukrainians: "Passportization" and its Implications for Transitional Justice, Ukrainian Analytical Digest, Nr. 3 (November 2023): 16.

⁵⁷ UN OHCHR, The impact of the armed conflict and occupation on children's rights in Ukraine 24.02.2022-31.12.2024, letzte Aktualisierung 21.03.2025, S. 16; Luhansker Informationszentrum, Семьи из других регионов РФ с начала 2023 года усыновили 29 луганских детей – омбудсмен [Seit Anfang 2023 haben Familien aus anderen Regionen der Russischen Föderation 29 Kinder aus Luhansk adoptiert – Ombudsmann], letzte Aktualisierung 09.11.2023.

⁵⁸ RUSI, Preliminary Lessons from Russia's Unconventional Operations During the RussoUkrainian War, February 2022–February 2023, letzte Aktualisierung 29.03.2023, S. 21.

⁵⁹ Schweizer Flüchtlingshilfe, Factsheet: Ukraine, Juni 2025; UN OHCHR, Human rights situation during the Russian occupation of territory of Ukraine and its aftermath 24.02.2022-31.12.2023, letzte Aktualisierung 20.03.2024; SRF, Entführungen von Zivilisten: Russlands Einschüchterungskrieg, letzte Aktualisierung 16.04.2022; ACLED, Still under fire: The evolving fate of civilians in Ukraine, letzte Aktualisierung 22.02.2024.

⁶⁰ USDOS, Ukraine Russia-Occupied Areas 2024 Human Rights Report, ohne Datum, S. 16-18; Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

Kriegsrecht verbietet die Organisation öffentlicher Versammlungen.⁶¹ 2022 löste russisches Militär mehrere friedliche Proteste gegen die Besatzung gewaltsam auf und folterte Demonstrierende nach ihrer Festnahme.⁶²

Die 2023/24 von der RF durchgeführten Präsidentschafts-, Regional- und Kommunalwahlen waren in den besetzten Gebieten von fehlendem Wettbewerb und Einschüchterung der Wählerschaft durch Haus- und Arbeitsplatzbesuche bewaffneter Soldaten gekennzeichnet. Ukrainische Parteien waren verboten.⁶³ In den besetzten Gebieten verbliebene NGOs unterliegen strengen Gesetzen, die staatliche Eingriffe ermöglichen und ausländische Finanzierungen behindern. NGO-Personal wird regelmäßig schikaniert und verhaftet. Im Donbas wurden ukrainische und ausländische NGOs bereits 2016 ausgewiesen.⁶⁴

Ein Präsidialdekret vom 14.03.25 verpflichtet Personen aus „unfreundlichen Ländern“, einschließlich der Ukraine, eine Sondergenehmigung für die Registrierung von Eigentum und Unternehmen einzuholen.⁶⁵ Die russischen Besatzungsbehörden haben 30.000 Immobilien als potenziell verlassen dokumentiert. Die öffentliche Bekanntmachung löst eine 30-tägige Frist aus, innerhalb der das Eigentumsrecht bestätigt werden muss, da sonst die Gefahr besteht, dass die Immobilie an die lokale Verwaltung übertragen wird. Die Anforderung einer persönlichen Bestätigung vor Ort stellt für außerhalb der besetzten Gebiete lebende (Binnen-)Flüchtlinge, erhebliche logistische Herausforderungen und potenzielle Sicherheitsrisiken dar, da sie oft umfangreichen Befragungen an der Grenze und Kontrollen ihrer elektronischen Geräte unterzogen werden. Zahlreichen Personen wurde die Einreise verweigert, was einer Enteignung der Vertriebenen gleichkam.⁶⁶

4.5 Restriktionen gegen Medien und die freie Meinungsäußerung

Die Besatzungsbehörden haben strenge Informationskontrollen eingeführt, unabhängige Medien ausgeschaltet und ihren Propaganda-Apparat installiert.⁶⁷ Sie schränken die Ausübung der Meinungsfreiheit ein, wenn abweichende politische Ansichten zum Ausdruck gebracht, die Behörden kritisiert, die Achtung der territorialen Integrität der Ukraine oder Friedensverhandlungen gefordert werden. So erfolgten Anklagen wegen „Zurschaustellung von Nazi-Symbolen oder Respektlosigkeit gegenüber dem russischen Staat“ (Art. 20.3 OWiG und Art. 282.4 StGB) oder wegen „Diskreditierung der Streitkräfte“ (Art. 20.3.3 OWiG und Art. 280.3 StGB).⁶⁸ Bezüglich Letzterem wurden ab März 2022 etwa „falsche“ oder kritische Äußerungen über das russische Militär mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft und damit Kritik an der Invasion verboten. Im Dezember 2024 wurde das Gesetz über Spionage und Hochverrat auf Personen erweitert, die mit „Aktivitäten in Verbindung stehen, die wissentlich gegen die Sicherheit der RF gerichtet sind“. Die Neuformulierung kann weitreichend angewendet werden, um Kritik an der Besatzung oder dem Krieg zu bestrafen.⁶⁹ Auch wird der Zugang zu unabhängigen Medien eingeschränkt, wenn etwa die Okkupationsverwaltung Chersons per Dekret vom 11.02.25 Kauf und die Nutzung von „nicht lizenzierten“ Satelliten-TV-Geräten zum Empfang ausländischer Sender verbietet oder russisches Militär prüft, ob die Bevölkerung ukrainisches TV sieht.⁷⁰ Auch findet eine geheimdienstliche Überwachung der Telekommunikationsnetze statt.⁷¹ Äußerungen tatsächlicher oder vermeintlicher pro-ukrainischer Ansichten in sozialen Medien können zu Verhaftungen und Hausdurchsuchungen führen.⁷² Das ukrainische Institut für Masseninformatik hat seit 2022 zahlreiche Festnahmen und Entführungen von

⁶¹ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 21.

⁶² Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

⁶³ Ebd.; BBC, Occupied Ukraine encouraged to vote in Russian election by armed men, letzte Aktualisierung 13.03.2024.

⁶⁴ Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

⁶⁵ Regierung der RF, Dekret Nr. 145 vom 14.03.2025.

⁶⁶ UN OHCHR, Report on the human rights situation in Ukraine 01.12.2024-31.05.2025, letzte Aktualisierung 30.06.2025, S. 15-16; Amnesty International, Report 2024/25. Zur weltweiten Lage der Menschenrechte. Ukraine 2024, letzte Aktualisierung April 2025, S. 102; CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 26.

⁶⁷ RSF, Occupied Territories of Ukraine: Russia propaganda machine continues to absorb local media, letzte Aktualisierung 06.12.2023.

⁶⁸ UN OHCHR, Report on the human rights situation in Ukraine 01.12.2024-31.05.2025, letzte Aktualisierung 30.06.2025, S. 16; Consultant, Ordnungswidrigkeitengesetz der RF, letzte Aktualisierung 29.12.2025; Consultant: StGB der RF, letzte Aktualisierung 29.12.2025.

⁶⁹ Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

⁷⁰ Dekret des „Gouverneurs“ der besetzten Region Cherson Nr. 17-u vom 11.02.2025.

⁷¹ UN OHCHR, Report on the human rights situation in Ukraine 01.12.2024-31.05.2025, letzte Aktualisierung 30.06.2025, S. 17; USDOS, Ukraine Russia-Occupied Areas 2024 Human Rights Report, ohne Datum, S. 13.

⁷² OSCE ODIHR, Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, letzte Aktualisierung 15.07.2025, S. 55-57.

Medienschaffenden und Bloggern in den besetzten Gebieten gemeldet.⁷³ Angehörige der Presse sind durch Schikanen, Einschüchterungen und körperliche Übergriffe an ihrer Arbeit gehindert worden. Auch kam es zu Tötungen wie im Fall der Journalistin Wiktorija Roschtschyna, die, nachdem sie im August 2023 während einer Reise in die besetzten Gebiete verschwand, im September 2024 in russischer Haft starb. Folglich gingen Medienschaffende zur Selbstzensur über, wurden pro-ukrainische Medien geschlossen, Medienanstalten und ihre Inhalte von der RF monopolisiert.⁷⁴

4.6 Russische Militärrekrutierung von Ukrainern

Die RF hat in den besetzten Gebieten die Wehrregistrierung und Wehrdienstpflicht eingeführt, fördert die militärische Indoktrinierung von Schulkindern durch eine obligatorische vormilitärische Ausbildung, propagiert und drängt auf die Einberufung zum Militärdienst. Ukrainische Staatsbürger sind in den besetzten Gebieten der Zwangsrekrutierung in die russische Armee ausgesetzt. 183 Zeugen Jehovas wurden wegen Kriegsdienstverweigerung inhaftiert.⁷⁵ In den beiden „Volksrepubliken“ wurde autonom bereits am 19.02.22 die vollständige Mobilisierung von Männern zwischen 18 und 55 Jahren verkündet.⁷⁶ Bis zu 60.000 Ukrainer im wehrfähigen Alter (Stand: 31.07.23) sollen in den besetzten Gebieten, vor allem in den Regionen Donezk und Luhansk, gezwungen worden sein, gegen ihr eigenes Land zu kämpfen.⁷⁷ Im Rahmen des Deportationsprogramms wurden entführte 13- bis 17-jährige ukrainische Kinder für die Herstellung von russischem Militärgerät eingesetzt, z.B. beim Bau von Drohnen.⁷⁸ Bevor Kinder 18 Jahre alt wurden, ermutigten Lehrkräfte die Schüler, Militärverträge zu unterzeichnen oder sich an Kadettenakademien einzuschreiben. Oft wurden dabei besonders schutzbedürftige Kinder, beispielsweise aus Alleinerziehenden-Haushalten, ins Visier genommen.⁷⁹ Zum 01.10.23 wurden die besetzten Gebiete erstmals in die reguläre russische Wehrpflicht einbezogen.⁸⁰ Ukrainische Jungen, die in den besetzten Gebieten 18 Jahre alt waren, wurden aufgrund ihrer aufgezwungenen russischen Staatsbürgerschaft für einen zwölfmonatigen Wehrdienst in der russischen Armee verpflichtet. Im November 2024 reisten die ersten Gruppen von Wehrpflichtigen aus den besetzten Gebieten in die RF, um ihren Dienst anzutreten.⁸¹ Dies stellt einen Verstoß gegen die völkerrechtliche Verpflichtung dar, Einwohner besetzter Gebiete nicht zum Dienst in ihren Streitkräften oder Hilfstruppen zu zwingen. Bspw. startete die RF am 01.04.25 eine Rekrutierungskampagne (Frühjahrskampagne 01.04.-15.07.25), die auch die besetzten Gebiete umfasste und dort die Einziehung von 8.000 Mann vorsah. Es bestand die berechtigte Sorge, dass diese Rekruten nach dem Wehrdienst dann als „Vertragssoldaten“ zur Teilnahme am russischen Angriffskrieg gezwungen werden. Gegen Verweigerer wurden strafrechtliche Sanktionen verhängt. Während die meisten Fälle offenbar mit Geldstrafen geahndet wurden, können auch Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren verhängt werden.⁸² Auch wurden Personen, die sich der Einberufung widersetzen, daraufhin Ziel gewalttätiger Übergriffe durch russische Soldaten.⁸³

⁷³ Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

⁷⁴ USDOS, Ukraine Russia-Occupied Areas 2024 Human Rights Report, ohne Datum, S. 12, 15-16; USDOS, 2023 Country Reports on Human Rights Practices: Ukraine — Russia-occupied Areas, letzte Aktualisierung 23.04.2024; France 24, Forbidden Stories: a journalist's disappearance in Russian-occupied Ukraine, letzte Aktualisierung 29.04.2025.

⁷⁵ EBCO, Annual Report Conscientious Objection to Military Service in Europe 2024, letzte Aktualisierung 05.06.2025, S. 145-146, 170; BBC, Ukraine war: Russian schoolbook urges teenagers to join the army, letzte Aktualisierung 13.03.2024; Tagesschau, Sie sollen gegen ihr eigenes Land kämpfen, letzte Aktualisierung 31.10.2025; HRW, Russia Forces Ukrainians in Occupied Areas into Military, letzte Aktualisierung 20.12.2023; ISW, Russian Offensive Campaign Assessment, September 21, 2023, letzte Aktualisierung 22.09.2023; OSCE ODIHR, Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, letzte Aktualisierung 15.07.2025, S. 53-55.

⁷⁶ Meduza, Stay hidden or get drafted How the breakaway regions of eastern Ukraine are forcing local men into the military, letzte Aktualisierung 26.02.2022.

⁷⁷ GRU, На тимчасово окупованих територіях України росія примусово мобілізувала близько 60 000 чоловіків [In den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine mobilisierte Russland zwangsweise etwa 60.000 Männer], letzte Aktualisierung 31.07.2023.

⁷⁸ RFE/RL, The Russian Camp Where Abducted Ukrainian Children Reportedly Made Drones, letzte Aktualisierung 17.09.2025.

⁷⁹ UN OHCHR, The impact of the armed conflict and occupation on children's rights in Ukraine 24.02.2022-31.12.2024, letzte Aktualisierung 21.03.2025, S. 19.

⁸⁰ CNN, Ukraine's occupied regions to be included for first time in new round of Russian conscriptions, letzte Aktualisierung 29.09.2023.

⁸¹ Ren TV, Призывники из новых регионов РФ впервые отправились на срочную службу [Wehrpflichtige aus neuen Regionen der Russischen Föderation haben zum ersten Mal ihren Wehrdienst angetreten], letzte Aktualisierung 16.11.2023.

⁸² Regierung der RF, Dekret Nr. 187 vom 31.03.2025; CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 25.

⁸³ Freedom House, Freedom in the World 2025 - Russian-occupied territories of Ukraine, letzte Aktualisierung Mai 2025.

4.7 Behandlung ukrainischer Gefangener

Die Gesamtzahl der ukrainischen Kriegsgefangenen in der RF und den besetzten Gebieten liegt Schätzungen von 2024 zufolge zwischen 8.000 und 10.500.⁸⁴ Ab Ende 2024 wurden große Gruppen von Kriegsgefangenen aus Strafkolonien im besetzten Gebiet in abgelegene Haftanstalten in der RF verlegt. In einer Erklärung vom 12.03.25 befürwortete der russische Präsident die Strafverfolgung ukrainischer Kriegsgefangener – die nach humanitärem Völkerrecht Immunität als Kombattanten genießen – wegen Terrorismus. Folglich bewerten russische Gerichte rechtmäßige Kriegshandlungen als terroristische Straftaten (Art. 205 StGB der RF).⁸⁵

Seit 2014 sind zahlreiche Verschleppungen von Zivilpersonen durch russisches Militär dokumentiert, deren Zahl ab 2022 erheblich zunahm. Zwischen Februar 2022 und Juni 2023 wurden mindestens 562 Fälle von Verschleppungen dokumentiert, zumeist von Personen aus der Bürgerrechtsbewegung und ihren Angehörigen, aber auch aus der lokalen Selbstverwaltung, aus den Medien sowie Lehrkräfte, die in Gefangenenlager verbracht wurden und deren Schicksal von den Besatzungsbehörden verschleiert wird.⁸⁶ Laut OHCHR wurde sexuelle Gewalt als Form der Folter und Misshandlung gegen ukrainische Gefangene eingesetzt. Für den Zeitraum von Dezember 2024 bis Mai 2025 wurde bestätigt, dass 85 Kriegsgefangene und sechs zivile Häftlinge während ihrer Gefangenschaft sexuelle Gewalt erlitten haben, u.a. Vergewaltigung, Genitalverstümmelung, Schläge und Elektroschocks an den Genitalien, erzwungene Nacktheit, sexuelle Erniedrigung und Kastration.⁸⁷ Befragte Zivilpersonen gaben nach ihrer Freilassung an, während der Haft Folter und Misshandlung erlitten zu haben, u.a. Androhung der Hinrichtung, Scheinhinrichtungen, Schnittverletzungen mit Messern, Waterboarding und mangelnde medizinische Versorgung. Seit Februar 2022 hat das OHCHR den Tod von 32 ukrainischen Zivilpersonen (25 Männer und 7 Frauen) in Haftanstalten dokumentiert. Angehörige erhalten von den zuständigen russischen Behörden oftmals keine Informationen über den Verbleib von zivilen Häftlingen.⁸⁸ Inhaftierte Zivilpersonen wurden zumeist nicht über die Gründe ihrer Inhaftierung informiert. In einigen Fällen wurden sie zu Unrecht als Kriegsgefangene eingestuft.⁸⁹ Internationalen Organisationen wird der Zugang zu den Hafteinrichtungen verwehrt.⁹⁰

Laut Berichten von Europarat und OSZE ist Folter während der Besatzung weit verbreitet und systematisch. Berichte von Überlebenden und Zeugen belegen die Verbreitung von Folter in allen Phasen der Inhaftierung sowohl in inoffiziellen als auch in offiziellen Einrichtungen. Es wurden zahlreiche Methoden zur Zufügung körperlicher und psychischer Schäden dokumentiert, darunter Schläge, Stresspositionen, Strangulation, Aufhängen, Elektroschocks, Morddrohungen, Scheinhinrichtungen und Isolationshaft. Nach Angaben der Menschenrechtskommission des ukrainischen Parlaments haben die Strafverfolgungsbehörden seit dem 24.02.22 über 1.720 Straftaten in den besetzten Gebieten registriert, die auf Folter oder Misshandlung

⁸⁴ Amnesty International, A deafening silence. Ukrainians held incommunicado, forcibly disappeared and tortured in Russian captivity, letzte Aktualisierung 04.03.2025, S. 10.

⁸⁵ UN OHCHR, Report on the human rights situation in Ukraine 01.12.2024-31.05.2025, letzte Aktualisierung 30.06.2025, S. 9-10; Komsomol'skaja Prawda, Владимир Путин: Курская область в ближайшее время будет освобождена [Wladimir Putin: Die Region Kursk wird in Kürze befreit werden], Video, letzte Aktualisierung März 2025; UN OHCHR, Report on the treatment of prisoners of war and update on the human rights situation in Ukraine, 01.06.2024-31.08.2024, letzte Aktualisierung 01.10.2024, S. 12.

⁸⁶ Amnesty International, A deafening silence. Ukrainians held incommunicado, forcibly disappeared and tortured in Russian captivity, letzte Aktualisierung 04.03.2025, S. 25; ZMINA, Enforced disappearances and arbitrary detentions of active citizens during the full-scale armed aggression by Russia against Ukraine (February 2022 – June 2023), letzte Aktualisierung Juli 2023; BBC, The Ukrainians 'disappearing' in Russia's prisons, letzte Aktualisierung 10.02.2024; OSCE ODIHR, Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, letzte Aktualisierung 15.07.2025, S. 28-32.

⁸⁷ UN OHCHR, Report on the human rights situation in Ukraine 01.12.2024-31.05.2025, letzte Aktualisierung 30.06.2025, S. 11.

⁸⁸ Ebd., S. 12-13; Amnesty International, A deafening silence. Ukrainians held incommunicado, forcibly disappeared and tortured in Russian captivity, letzte Aktualisierung 04.03.2025, S. 13-15; UN Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, Committee against Torture, Concluding observations on the seventh periodic report of Ukraine, CAT/C/UKR/CO/7, letzte Aktualisierung 17.06.2025, S. 7-8.

⁸⁹ OSCE ODIHR, Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, letzte Aktualisierung 15.07.2025, S. 29.

⁹⁰ Amnesty International, Report 2024/25. Zur weltweiten Lage der Menschenrechte. Ukraine 2024, letzte Aktualisierung April 2025, S. 102.

beruhen. Über 3.800 Zivilpersonen und 2.200 Kriegsgefangene wurden bereits als Opfer von Folter und unmenschlicher Behandlung anerkannt.⁹¹

⁹¹ CoE, Human rights situation in the territories of Ukraine temporarily controlled or occupied by the Russian Federation, 30.06.2025, S. 8-10; Amnesty International, A deafening silence. Ukrainians held incommunicado, forcibly disappeared and tortured in Russian captivity, letzte Aktualisierung 04.03.2025, S. 11-12; RSF, Ukrainian journalist Stanislav Aseyev after his torturer's conviction: "His trial is the greatest success of my life" (Reporter ohne Grenzen), letzte Aktualisierung 09.02.2024; OSCE ODIHR, Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, letzte Aktualisierung 15.07.2025, S. 32-36, 42-45.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat für Länderanalysen
90461 Nürnberg

ISSN

2943-7938

Stand

*MM/YYYY

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de
<https://milo.bamf.de>

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de